



Der Hamburger Senat und die KZ-Gedenkstätte Neuengamme - Sachstandsbericht -

von Robert M. Pinçon und Fritz Bringmann

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

mit tiefster Betroffenheit sehen die Mitglieder der nationalen Verbände der Amicale Internationale de Neuengamme keinen Fortschritt zur Verwirklichung der Beschlüsse des Senats und der Bürgerschaft zur Verlagerung der Strafvollzugsanstalt XII. Aus diesem Grunde möchten wir Sie über den Umgang mit dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme in der Nachkriegszeit informieren und um Ihre Unterstützung bitten.

Ein Rückblick: Im Dezember 1938 wurde in Hamburg-Neuengamme ein Außenlager des KZ Sachsenhausen eingerichtet. Nach weiteren Überstellungen von Häftlingen wurde Neuengamme im Frühjahr 1940 ein eigenständiges Konzentrationslager.

Nach dem Überfall auf Polen deportierten Gestapo und SS-Sicherheitsdienst von 1940 bis 1945 106.000 Frauen und Männer aus 28 Ländern in das Konzentrationslager Neuengamme und seine 80 Außenlager. Mehr als 55.000 Häftlinge überlebten das KZ Neuengamme nicht.

Nachdem am 29./30. April 1945 die letzten Häftlinge unter SS-Bewachung das Lager verlassen hatten, betraten Anfang Mai 1945 die ersten englischen Offiziere das leerstehende Lager. Im Mai 1945 fungierte dieses kurz als Kriegsgefangenerlager für deutsche Soldaten der Wehrmacht. Danach wurde es wenige Wochen lang zur Unterbringung ausländischer Zwangsverschleppter aus Osteuropa genutzt, bevor diese in

ihre Heimatländer zurückkehren konnten. Von Juli 1945 bis August 1948 wurden im ehemaligen KZ Neuengamme Führer und Angehörige der Nazi-Partei, der Waffen-SS, des Sicherheitsdienstes der SS, der Gestapo, der Polizei und anderen Nazi-Organisationen von den Engländern zur Überprüfung und Entscheidung durch deutsche Spruchkammern interniert.

Während des 1. Curio-Haus Prozesses gegen die Lagerführung des Konzentrationslagers Neuengamme, der in Hamburg vom 18. März bis 3. Mai 1946 stattfand, legten viele ehemalige Häftlinge, insbesondere aus dem Ausland, Zeugnis über die barbarische Welt der Konzentrationslager und über die Mordstätte in Neuengamme ab. Hierbei fanden die ersten Wiederbegegnungen mit den ehemaligen deutschen politischen Häftlingen statt. In den folgenden Jahren bildeten die Überlebenden, Hinterbliebenen und Angehörigen in etlichen Ländern Vereinigungen ehemaliger Häftlinge des KZ Neuengamme, so auch in den drei Westzonen Deutschlands im Juni 1948. Nachdem die Alliierten im Sommer 1948 die Justizverwaltungen an die einzelnen Länder übertragen hatte, meldete die Gefängnisverwaltung in Hamburg bereits Ende desselben Jahres die Nutzung des ehemaligen KZ-Geländes als Gefängnis an. Im September 1948 war es dann soweit, daß die Gefängnisbehörde das ehemalige KZ Neuengamme in Besitz nahm.

Ehemalige Häftlinge, Hinterbliebene und Angehörige aus Belgien und Frankreich besuchten die Stätten des Leidens und des Sterbens, um der Toten des KZ Neuengamme zu gedenken. Diese - vom Senat Hamburgs ungeliebten - Pelerinagen lösten die Forderung nach Errichtung eines Eh-

renmals aus. Trotz aller Widerstände des Senats übten besonders die französischen ehemaligen Häftlinge mit Unterstützung ihrer Regierung einen starken Druck aus, so daß der Hamburger Senat 1953 eine bescheidene Muschelkalksäule errichten ließ. Eine inhaltliche Angabe über das Konzentrationslager Neuengamme und die 55.000 Toten fehlte.

Höhepunkt der jährlichen Pelerinagen aus Belgien, Frankreich und Dänemark - vor Gründung der Amicale Internationale de Neuengamme (AIN) - war der zehnte Jahrestag der Befreiung 1955. Hunderte Teilnehmer aus dem Ausland waren gekommen, um in Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen zusammen mit den deutschen Widerstandskämpfern der Toten zu gedenken und die Verpflichtung zu bekräftigen, nie wieder Faschismus und Krieg zuzulassen.

Am 17. und 18. Juli 1958 kamen in Brüssel ehemalige Häftlinge zusammen, um die Gründung eines internationalen KZ-Lagerkomitees zu beschließen. Wichtigste Aufgaben waren: Die Errichtung eines Ehrenmals zum Gedenken an die 55.000 Toten des KZ Neuengamme, die Errichtung einer Dokumentations- und Informationsausstellung in den von den Häftlingen gebauten Gebäuden. Die AIN betrachtete das Gelände des KZ Neuengamme, insbesondere das ehemalige Schutzhaftlager, als Mordstätte mit blutgetränktem Boden, der einem Friedhof gleichkommt.

Der Abriß eines Großteils der ehemaligen Lagergebäude - des Krematoriums, des Bunkers, der Lagertürme usw. - machten es schwer, das Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers zu erkennen. In keinem



Museum, nirgendwo in Hamburg konnte man sich über das KZ Neuengamme informieren.

Im Rahmen des 15. Jahrestages der Befreiung tagte der Kongreß der AIN. Zum ersten Mal wurde eine Abordnung der AIN vom Ersten Bürgermeister der Stadt Hamburg empfangen und ihre Hauptanliegen demselben vorgetragen. Langwierige und beharrliche Verhandlungen wurden jahrelang von der Internationalen Denkmalskommission, dem Arbeitsausschuß der Verfolgten des Naziregimes Hamburg mit dem Senat, teilweise mit Unterstützung der Generalkonsulate aus Belgien, Frankreich und Dänemark geführt.

Am 7. November 1965 konnte endlich in Anwesenheit von 1.800 Überlebenden und Hinterbliebenen aus 20 Ländern das heutige Ehrenmal eingeweiht werden.

Trotz Aufleben des Neonazismus und den Erfolgen der NPD und entgegen den Forderungen der AIN wurde 1970 auf dem Gelände der ehemaligen Tongruben eine geschlossene Jugendstrafanstalt errichtet. Zur Errichtung einer Dokumentationsstätte konnte sich der Senat immer noch nicht entschließen. Von der Tagung des Exekutivbüros der AIN im Juni 1977 in Moskau richtete diese erneut ein Memorandum an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg mit dem Ersuchen, ein Dokumentenhaus in Neuengamme zu errichten. Mit Schreiben vom Februar 1978 teilte der Erste Bürgermeister, Hans-Ulrich Klose, mit, daß die Errichtung eines Dokumentenhauses von den zuständigen Behörden bearbeitet würde.

Mit Unterstützung etlicher Vereinigungen - des Landesjugendringes, des Arbeitsausschusses der Verfolgten des Naziregimes Hamburgs und der VVN / Bund der Antifaschisten - wurde im Oktober 1981 das Dokumentenhaus der Öffentlichkeit übergeben. Fast 800 Überlebende, Hinterbliebene und Angehörige sowie die Präsidenten der internationalen KZ-Lagerkomitees von Auschwitz, Buchenwald, Mauthausen, Neu-

engamme, Ravensbrück und Sachsenhausen nahmen an der Einweihung teil.

Der damalige Hamburger Senator für Kultur, Prof. Dr. Tarnowski, erklärte u.a.: „Der Bau eines solchen Dokumentenhauses kommt spät, sehr spät ... Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsache hat kein Politiker das Recht, gekränkt zu sein, wenn kritische Zeitungen einen so verspäteten Akt eine „Wiedergutmachung mit Widersprüchen“ nennen. Es hat keinen Sinn und nützt niemandem, wenn verschwiegen wird, daß auch Hamburg sich mit der kritischen Aufarbeitung seiner NS-Geschichte schwergeht hat.“

Ein Förderkreis aus Vertretern von Verfolgtenverbänden und Forschungseinrichtungen wurde einberufen, der die Arbeit der Gedenkstätte helfend und kritisch begleiten sollte; die erste Sitzung fand am 14. Januar 1982 unter Vorsitz des Kultursenators Prof. Tarnowski statt. Seit 1990 hat die Kulturbehörde den Förderkreis nicht mehr einberufen.

Auf Drängen der AIN zur Verbesserung der Gedenkstättenarbeit und zur Verlagerung der Strafvollzugsanstalt aus dem sensiblen Bereich des ehemaligen Schutzhaftlagers des KZ Neuengamme, lud die Senatorin für Kultur, Helga Schuchardt, im August 1987 zu einem internationalen Symposium ein. Die Teilnehmer dieses Symposiums verabschiedeten eine 10-Punkte-Empfehlung und erklärten die Unvereinbarkeit einer Strafvollzugsanstalt mit dem Gelände eines ehemaligen Konzentrationslagers.

Ende 1987 / Anfang 1988 wurde bekannt, daß die Justizbehörde ein weiteres Einzelhaftshaus im Bereich des ehemaligen Schutzhaftlagers plante. Diese Tatsache löste in den nationalen Verbänden der AIN tiefste Betroffenheit aus. Über 30 Briefe aus dem In- und Ausland gingen beim Ersten Bürgermeister, Dr. Henning Voscherau, ein, in denen gegen weitere Baumaßnahmen auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme protestiert wurde. Die Präsidenten der Internationalen KZ-Lagerkomitees

solidarisierten sich mit der AIN. Darüberhinaus wurden die Königshäuser Belgiens, Dänemarks und der Niederlande um Unterstützung gebeten.

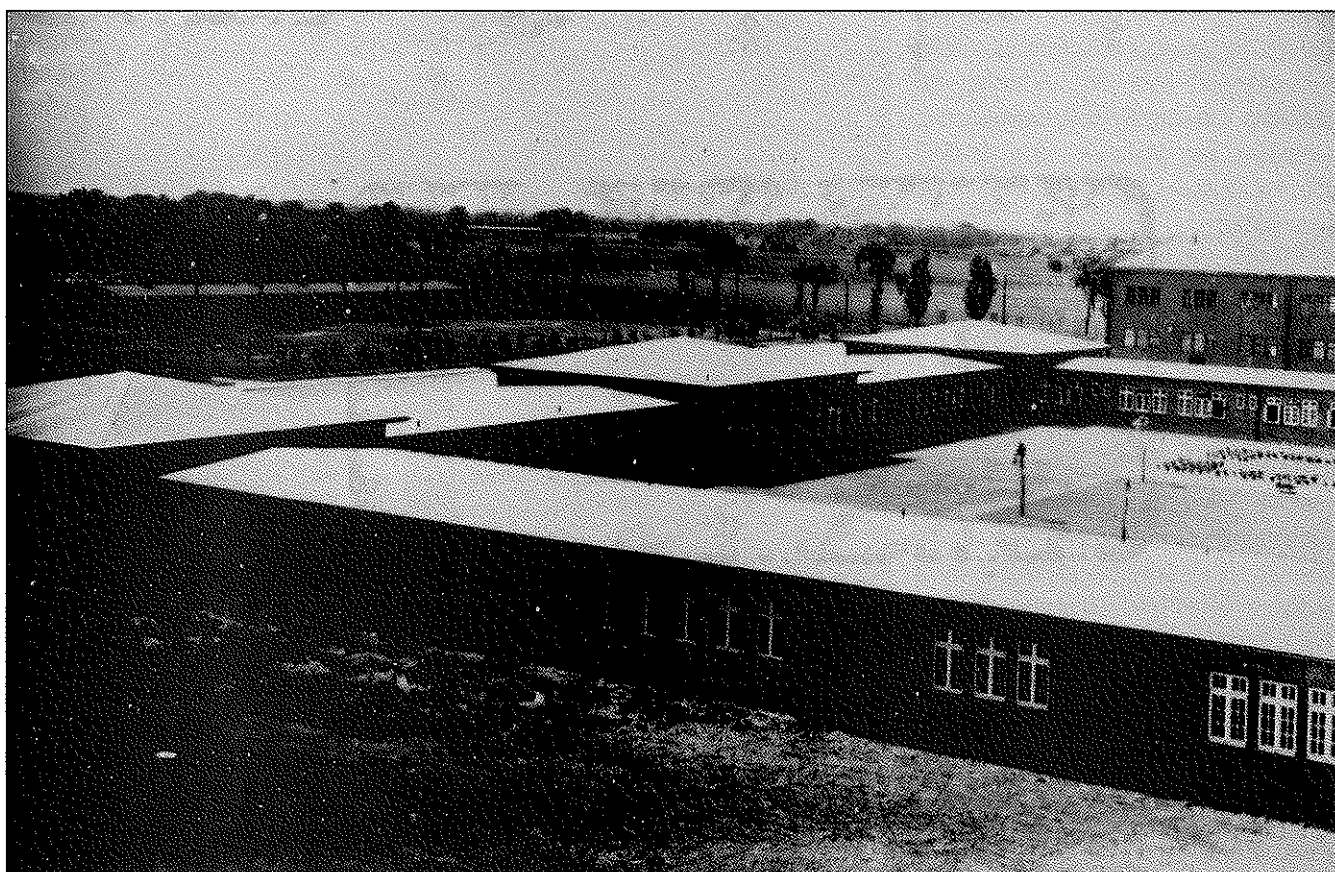
Jan Philip Reemtsma lud etliche Vertreter der nationalen Verbände der AIN nach Hamburg ein, damit sie ihre ablehnende Haltung in der Öffentlichkeit begründen konnten. So fanden öffentliche Veranstaltungen im historischen Curio-Haus und in der Stiftung für Sozialforschung statt, mit leitenden Vertretern der Justiz- und Kulturbehörde. Im Rahmen dieser Veranstaltungen führten die Vertreter der AIN auch ein langes Gespräch mit dem damaligen Justizsenator Curilla; dieses führte zu der Erklärung seinerseits, sich im Senat dafür einsetzen zu wollen, daß kein weiterer Ausbau des ehemaligen Schutzhaftlagers erfolge.

Am 30. Juni 1989 lud der Erste Bürgermeister, Dr. Henning Voscherau, zu einer Begehung und einem Gespräch in die KZ-Gedenkstätte Neuengamme ein. Neben den Vertretern der AIN nahmen Verfolgten-Organisationen und interessierte Vereinigungen aus Hamburg daran teil. Hauptthema war die Unvereinbarkeit der Existenz einer Strafvollzugsanstalt neben der Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme. Zwei Wochen nach dem Gespräch beschloß der Senat, die das Gelände und die Anlagen des ehemaligen Schutzhaftlagers nutzende Justizvollzugsanstalt XII innerhalb der nächsten Jahre an einen anderen Standort zu verlagern. Zur Entwicklung eines Konzeptes wurde vom Senat eine Expertenkommission zur Planung der Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme berufen.

Nach mehreren Tagungen der Kommission - Vorsitzender Bürgermeister Voscherau / Sprecher Prof. Eberhard Kolb - vom 9. September 1991 bis 21. August 1992 und einer zwischenzeitlichen Anhörung aller interessierten Organisationen und Gruppen vom 30. Januar bis 2. Februar 1992 wurde der Katalog der Empfehlungen dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg über-



Workcamp vor den Mauern des Jugendgefängnisses, 1985.



Gebäude und Baracken des ehemaligen KZ, die heute noch teilweise erhalten sind und als Justizvollzugsanstalt genutzt werden.



geben. Diese Empfehlungen wurden von Senat und Bürgerschaft eingehend beraten und dann mehrheitlich beschlossen.

Das bis 1996 Erreichte - wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch den erstellten Container-Pavillon, die Rekonstruktion des Lagerbahnhofs, die neue Dauerausstellung in den ehemaligen Walther-Werken sowie die Umgestaltung des ehemaligen Dokumentenhauses in ein „Haus des Gedenkens“ - sind positive Schritte zur Realisierung der Empfehlungen. Was fehlt, ist noch immer eine terminliche Festlegung zur Verlegung der Strafvollzugsanstalt XII aus dem ehemaligen Schutzhaftlager des KZ Neuengamme.

Der Präsident der AIN, Robert Pinçon, und der Vizepräsident, Janusz Kahl, haben in ihren Ansprachen anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung von Nazi-Faschismus und Krieg am 4. Mai 1995 eindeutig und mit Nachdruck die Realisierung der Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg zur Verlegung der Strafvollzugsanstalt angemahnt.

Die von der „Initiative Dokumentationsstätte Neuengamme“ zum 50. Jahrestag der Befreiung durchgeführte Unterschriftensammlung zur Verlegung der Strafvollzugsanstalt ist der AIN eine große Hilfe und Unterstützung.

Die Mitglieder der nationalen Verbände der AIN können nicht verstehen, daß der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg in seiner Gesamtheit immer noch kein verständnisvolles Verhältnis zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme gefunden hat. Schon zum 45. Jahrestag der Befreiung erklärte der Erste Bürgermeister, die Nutzung des ehemaligen KZ-Geländes als Strafvollzugsanstalt sei eine Fehlentscheidung gewesen. Wann endlich will der Senat diese Fehlentscheidung korrigieren? Oder will er diesen Makel mit ins nächste Jahrtausend einbringen? Die bekannt gewordenen Planungen sehen frühestens im Jahr 2003 die Errichtung der neuen Vollzugsanstalt vor. Wer von den ehemaligen Häftlingen wird dann

noch die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme erleben?

Fotos: Archiv KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Robert M. Pinçon ist der Präsident und Fritz Bringmann der Vizepräsident der Amicale Internationale KZ Neuengamme.



Ausgrabung von Gebäudefundamenten während des Jugendworkcamps 1985.